

Präsidenten Wilson angedredet worden. Diese Tatsache gibt den Aufse-
rungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht.

„Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr
als dieses Eine sagen:

„Die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der
deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen
über die Frage: Rechtsfriede oder Gewaltfriede? auf den Höhepunkt
geführt. Es handelt sich um den Geminnungsstreit, der in jedem einzelnen
Lande öffentlich ausgefochten wird, wie er auch in gleicher Lage bei
uns ausgefochten werden müßte.

„Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme,
die sich einbilden, der Augenblick sei nahe, in dem sie all die ange-
sammelten Leidenschaften des Hasses und der Rachsucht auf dem
Boden unserer deutschen Heimat befriedigen können; auf der anderen
sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar
darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine ent-
scheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet: Ehe irgendeine
einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel
der Gewalt zur Durchsetzung des von ihr vertretenen Rechts gegen
eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und
Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger
Übereinkunft den Frieden zu erhalten oder — auf die gegenwärtige
internationale Lage angewandt — ihn zu erreichen.

„Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können
die seelischen Gewalten nennen, die gegeneinander stehen, aber nicht
ihre Kräfteverhältnis abschätzen.

„Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke
keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit
ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die
endgültige Gewißheit bringen.

„Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Ge-
danken und in allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten
rüsten:

„Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen,
und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit
der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Äußersten treibt. Wenn
diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche
Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Ver-
teidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes
sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff.